

## Kündigungsmoratorium gefordert: Mieter\*innen ziehen bei der FDP ein

**Einzugstermin: Donnerstag, 15. Dezember 2022 | 16 Uhr |  
FDP-Geschäftsstelle Freiburg, Kaiser-Joseph-Straße 216**

Der Winter und das kommende Jahr werden hart: Die Miet- und Heizkosten explodieren und viele Menschen wissen nicht, wo sie noch sparen sollen, um ihre steigenden Wohnkosten zu bezahlen. Im Jahr 2021 wurden 29.000 Wohnungen zwangsräumt. Diesen Winter droht etlichen Mieter\*innen völlig unverschuldet der Verlust ihrer Wohnung. Die bisherigen Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung greifen erst im Laufe des nächsten Jahres. Deswegen brauchen wir sofort erneut ein Kündigungsverbot für Mieter\*innen in Zahlungsschwierigkeiten, wie es die letzte Bundesregierung zu Beginn der Coronapandemie initiiert hatte. Dieses Instrument kann auch jetzt unproblematisch eingeführt werden. Doch der zuständige Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) weigert sich. Deswegen werden am Donnerstag, 15. Dezember 2022 in Freiburg und vielen anderen Städten Aktivist\*innen der Kampagne Mietenstopp symbolisch bei der FDP einziehen.

Die Bundesregierung hat mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Doch es ist absehbar, dass es Monate dauern wird, bis die Hilfen bei den Betroffenen ankommen. Wir begrüßen die Ausweitung des Wohngeldes von 600.000 auf 2 Millionen Haushalte. Doch eine Verdreifachung der Anspruchsberechtigten bedeutet auch viel mehr Arbeit für die bereits heute überlasteten Wohngeldstellen. „Den Menschen hilft es nicht, wenn sie im Oktober 2023 einen positiven Wohngeldbescheid bekommen, aber zwischenzeitlich aus ihrer Wohnung geflogen sind“, so Werner Siebler, Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes Freiburg. Der Stadtverband ist auch Mitglied im Mietenbündnis Freiburg.

Während alle Ministerien versuchen, die Vorhaben aus den Entlastungspaketen noch dieses Jahr umzusetzen, will Marco Buschmann erst Ende März 2023 einen Entwurf zum besseren Schutz von Mieter\*innen vorlegen. „Die Formulierung eines Gesetzes für ein Kündigungsmoratorium ist keine Zauberei. Der Text von 2020 muss nur leicht umformuliert werden. Der Justizminister betreibt Arbeitsverweigerung“, stellt er weiter fest.

Neben einem Kündigungsmoratorium fordert die Kampagne einen sechsjährigen Mietenstopp, differenziert nach Wohnungsmärkten. Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten können Mieter\*innen nicht auch noch Mieterhöhungen verkraften. Denn in den letzten Jahren sind die Mieten für viele über die Belastungsgrenze hinaus gestiegen. Bereits vor der Krise musste die Hälfte der Mieter\*innen in deutschen Großstädten mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben, um ihre Miete (bruttowarm) zu bezahlen, wie aus einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung hervorgeht.

Um die FDP auf die prekäre Situation der vielen Mieter\*innen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, aufmerksam zu machen, ziehen am Donnerstag Aktivist\*innen in die Freiburger FDP-Geschäftsstelle ein. Wir befürchten, dass



**PRESSE INFORMATION**

dieser Winter und das kommende Jahr für Mieter\*innen durch die Blockadehaltung der FDP ungemütlich werden.

**Pressekontakt:** Werner Siebler, 0175 4004324

### **Die Kampagne Mietenstopp**

Wir sind eine zivilgesellschaftliche, überparteiliche Kampagne, die sich für einen bundesweiten Mietenstopp einsetzt und die immer größer wird. Mit dabei sind unter anderem viele lokale Mieter\*innen-Initiativen, der Deutsche Mieterbund, der Paritätische und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Unsere Aktivist\*innen sind über ganz Deutschland verteilt – zusammen kämpfen wir für alle Mieter\*innen. Mehr Informationen und alle Forderungen gibt's auf [www.mietenstopp.de](http://www.mietenstopp.de).



**PRESSE INFORMATION**